

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

Bern, 1. März 2024 / MD
Änderung PG

Elektronischer Versand: pg@bakom.admin.ch

Änderung des Postgesetzes vom 17. Dezember 2010

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Änderung des Postgesetzes

Mit der vorliegenden Vorlage soll die indirekte Presseförderung ausgebaut werden. Zum einen sollen die jährlichen Beiträge aus allgemeinen Bundesmitteln für die Tageszustellung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften der Regional- und Lokalpresse von heute 30 auf 45 Millionen beziehungsweise für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse von heute 20 auf 30 Millionen Franken erhöht werden. Zum anderen soll neu auch die Frühzustellung von abonnierten Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse unter der Woche gefördert werden. Dafür soll der Bund vorübergehend jährlich 30 Millionen Franken aus allgemeinen Mitteln zur Verfügung stellen.

FDP.Die Liberalen lehnt die vorgeschlagene Änderung des Postgesetzes und den damit verbundenen Ausbau der indirekten Presseförderung von heute 50 Millionen auf neu 105 Millionen Franken pro Jahr ab. Die zentrale Rolle von freien und kritischen Medien ist unbestritten und die strukturellen Herausforderungen sind anerkannt. Ein Ausbau der Subventionierung der Print-Distribution, wie vorgeschlagen, erscheint uns gerade in Zeiten der Digitalisierung jedoch nicht gerechtfertigt. Aus einer medien- und ordnungspolitischen Perspektive erachtet es die FDP generell als fraglich, ob die bestehenden Subventionen für die Print-Distribution ein zukunftstaugliches Instrument darstellen: Trotz jährlichen Subventionen in Millionenhöhe sind die Auflagen der abonnierten Printprodukte deutlich zurückgegangen. Insbesondere jüngere Mediennutzerinnen und -nutzer abonnieren kaum noch Printprodukte. Zudem besteht die Gefahr, dass die Beibehaltung der Subventionen strukturkonservierend wirkt und innovative Geschäftsmodelle behindert.

Sollte sich eine Mehrheit des Parlaments weiterhin für hohe Summen zu Gunsten der indirekten Presseförderung aussprechen, fordert die FDP, dass die Mittel künftig nicht mehr aus dem allgemeinen Bundeshaushalt, sondern aus den Mitteln der Radio- und Fernsehempfangsgebühren finanziert werden.

Es braucht eine Medienstrategie

Angesichts des ausgewiesenen Handlungsbedarfs fordert die FDP den Bundesrat dazu auf, eine zeitgemässe Medienstrategie zu erarbeiten. Zeitgemäss bedeutet, dass die sich

geänderten Rahmenbedingungen (Digitalisierung, Veränderung des Konsumverhaltens, sinkenden Werbeeinnahmen, steigender Kostendruck) angemessen berücksichtigt werden. Einzelne Instrumente – bestehende und allfällige zusätzliche Massnahmen – sollen dabei gesamtheitlich und nicht isoliert voneinander diskutiert werden, damit diese bestmöglich aufeinander abgestimmt sind.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun

Beilagen

-